

Persönliche Erklärung

von Andrea Grob, Isabel Eigenmann, Anita Borer und Barbara Schäufole-Keel

Gemeinderatssitzung vom 12. Dezember 2022

60 zu 52 – Das das Abstimmungsergebnis für das Postulat der Grünen im Gemeinderat Zürich, bei welchem in einem Pilotversuch städtische Mitarbeiterinnen einen Menstruationsurlaub bis zu fünf Tage nehmen können. Das wären 25 % bezahlte Tage je Monat! Ja, Sie haben richtig gehört. Wir politisieren über menstruelle Beschwerden der Frau.

Jetzt ganz im Ernst: Wir bürgerlich-liberalen Frauen der Stadt Uster finden diesen Vorschlag sehr gefährlich. Menstruationsferien werten wir in der Emanzipationsfrage und wirtschaftlicher Hinsicht als grossen Rückschritt. Wieso? Mit einer solchen Massnahme stellen wir uns selbst in die Ecke des schwächeren Geschlechts und werten somit massiv ab, was wir bisher in der Emanzipation erreicht haben. In der heutigen Gesellschaftsform sind es zusätzlich immer noch meistens die Frauen, welche den Hauptteil der Betreuungsarbeit von Kindern leisten. Das bedeutet auch, dass sie es sind, welche zu Hause bleiben müssen, wenn die Kinder krank sind. Das kommt gerade im Herbst/Winter noch oft vor. Dieser Umstand bedingt verständnisvolle Arbeitgeber und flexible Arbeitsbedingungen. Kämen jetzt noch Menstruationsferien dazu, wäre die Situation definitiv ausgereizt. In der Privatwirtschaft wäre dies niemals umsetzbar und brandgefährlich. Ein KMU – notabene das Rückgrat unserer Wirtschaft – könnte es sich nicht leisten, diese freien Tage zusätzlich zu finanzieren. Die Folge wäre, dass Frauen weniger eingestellt oder allenfalls einen niedrigeren Lohn erhalten würden.

Einmal mehr öffnet sich in dieser Frage ein grosser Graben zwischen Privatwirtschaft und Verwaltung. Die Forderung der grünen Frauen ist zudem ein Fass ohne Boden. Wo liegt dann die Grenze, bei irgendwelchen Gebrechen freie Tage einzufordern? Wir bürgerlich-liberalen Gemeinderätinnen von Uster verstehen die Gedankengänge der grünen Frauen nicht. Wir fragen uns, ob diese grünen Frauen in der freien Wirtschaft tätig sind? Ob sie ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen müssen? Ob sie selbst Steuern bezahlen? Wenn diese 3 Fragen mit Ja beantwortet werden, kann ein solches Postulat doch nicht überwiesen werden. Wir appellieren mit unserer persönlichen Erklärung an alle Frauen da im Saal, eine solche Art Vorstoss – sollte er denn kommen – auf keinen Fall zu unterstützen.

Andrea Grob, Isabel Eigenmann, Anita Borer, Barbara Schäufole-Keel